



CARPO

Center for Applied Research  
in Partnership with the Orient

10

REPORT

30.03.2023

# Forschungs- kooperation mit dem ,Globalen Süden'

Gleichberechtigte Zusammen-  
arbeit, nachhaltige Entwicklung  
und Wissenschaftsfreiheit in  
der arabischen Region

*von Sarah Wessel*

## Inhalt

|   |    |
|---|----|
| Abkürzungen und Akronyme  | 03 |
| Einleitung  | 04 |
| Von der ‚Dritten Welt‘ zum ‚Globalen Süden‘:<br>Neue Begriffe – neue Praktiken? | 06 |
| Die Effekte einer asymmetrischen<br>Struktur in der Wissensproduktion           | 09 |
| Zentrale Herausforderungen beim<br>Aufbau gleichberechtigter Zusammenarbeit     | 13 |
| Strategien der Internationalisierung:<br>Empfehlungen                           | 20 |
| Literatur   | 27 |

## Abkürzungen und Akronyme

|       |  |
|-------|--|
| AA    | Auswärtiges Amt  |
| BCGE  | Berlin Center for Global Engagement                                  |
| BMBF  | Bundesministerium für Bildung und Forschung                          |
| BMZ   | Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung |
| BUA   | Berlin University Alliance   |
| DAAD  | Deutscher Akademischer Austauschdienst                               |
| GIZ   | Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit                       |
| IWF   | Internationaler Währungsfonds  |
| KIWi  | DAAD-Kompetenzzentrum Internationale Wissenschaftskooperationen      |
| SDG   | Sustainable Development Goals  |
| USAID | United States Agency for International Development                   |
| WB    | Weltbank   |

*Dieser CARPO Report entwickelt Handlungsempfehlungen für Forschungseinrichtungen, Förderorganisationen und Politik zur Gestaltung einer gleichberechtigten Zusammenarbeit mit dem ‚Globalen Süden‘. Er stellt strukturelle Erfahrungen aus der Praxis von Forschungskooperationen an der Schnittstelle zur Entwicklungszusammenarbeit zwischen Deutschland und arabischen Ländern, insbesondere Ägypten, dar. In diesem Bericht wird ein regionales Verständnis vom ‚Globalen Süden‘ problematisiert und argumentiert, dass die Debatte um den ‚Globalen Süden‘ eine wichtige Auseinandersetzung mit dominanten asymmetrischen Strukturen in der globalen Wissensproduktion darstellt. Der Report skizziert die kritische Debatte um den ‚Globalen Süden‘, die Effekte einer Ungleichverteilung in der Entstehung, Generierung und Akzeptanz spezifischer Wissensregime sowie zentrale Herausforderungen in der Kooperation mit mitunter politisch heiklen und krisenhaften Kontexten. Die abschließenden Handlungsempfehlungen regen zu einer Auseinandersetzung darüber an, wie Forschungskooperationen global gleichberechtigt gestaltet werden können, wenn Forschung und Innovation zunehmend zu Feldern geopolitischer Auseinandersetzungen werden.*

## Einleitung

Im Zuge der Verabschiedung der Sustainable Development Goals (SDGs) im Jahr 2015 wurde die besondere Rolle von Wissenschaftsakteuren bei der Bewältigung globaler Herausforderungen betont.<sup>1</sup> Die Stärkung globaler Partnerschaften durch engere Zusammenarbeit und Vernetzung von Akteuren aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft wird in Ziel 17 gefordert. Der Blick ist hier insbesondere auf Länder gerichtet, die sozioökonomisch und politisch besonders herausgefordert sind. Forschung und Entwicklungszusammenarbeit werden im Rahmen dieser Forderung weiter miteinander verknüpft. Flankiert wurde diese durch einen neuen regionalen Fokus in den Internationalisierungsstrategien der deutschen Außenpolitik (Auswärtiges Amt 2019) und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF 2016; BMZ 2017; BMBF 2018), der von zahlreichen Förderinstitutionen und Universitäten aufgegriffen wurde: der Auf- und Ausbau von Wissenschafts- und Forschungskooperationen mit dem ‚Globalen Süden‘, insbesondere Afrika. Zudem wurden in Deutschland neue institutionelle Einheiten

---

<sup>1</sup> Ich bedanke mich bei Dr. Marie-Christine Heinze und dem gesamten Team von CARPO sowie bei Dr. Florian Kohstall, Dr. Romain Faure, Dr. Stefan Skupien und Dr. Birgit Kemmerling für ihre konstruktiven Vorschläge, Hinweise und kritischen Anmerkungen.

geschaffen, um Kooperationen an der Schnittstelle von Forschung und Entwicklungszusammenarbeit zu unterstützen.<sup>2</sup>

Ziel dieses Reports ist es, strukturelle Erfahrungen aus der Praxis von Forschungskooperationen in und mit dem ‚Globalen Süden‘ an der Schnittstelle zur Entwicklungszusammenarbeit darzustellen und darauf basierend Anregungen und Hinweise für Forschungseinrichtungen, Förderorganisationen und die Politik in Fragen der Internationalisierung zu geben. Zur Veranschaulichung der Argumente werden vor allem Beispiele aus dem arabischen Raum und Deutschland angeführt. Sowohl die Forschungs- als auch die Entwicklungszusammenarbeit zwischen Deutschland und der Region, insbesondere Ägypten, hat eine lange Geschichte, im Rahmen derer institutionelle Infrastrukturen und Verbindungen zur Förderung der Zusammenarbeit geschaffen wurden, aus denen wichtige Lehren auch für andere Kontexte gezogen werden können.

Die kritische Debatte um den Begriff ‚Globaler Süden‘ liefert wichtige Ansatzpunkte für den Aufbau einer gleichberechtigten Zusammenarbeit. Daher wird zuerst der Blick auf die Entstehung des Begriffs ‚Globaler Süden‘ gelenkt und die in öffentlichen Diskussionen dominierende Gleichsetzung des Begriffs mit ‚Entwicklungsländern‘ problematisiert. Die Debatten um den Begriff machen deutlich, dass das darin suggerierte Bild einer geteilten Erde, die sich aus einem reichen Norden und einem armen Süden zusammensetzt, die komplexen Strukturen und historisch-politisch gewachsenen globalen Interdependenzen, Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen und in Regionen und Ländern verwischt. Die wissenschaftliche Kritik am Konzept des ‚Globalen Südens‘ adressiert die globalen Asymmetrien in der Wissensproduktion – also die globale Ungleichverteilung im Zugang zu Forschung, der Erhebung von Daten, Generierung von Wissen und Technologien, sowie deren internationale Anerkennung und Sichtbarkeit. Aus dieser Perspektive ist eine gleichberechtigte Verteilung von Wissen und Anerkennung die Grundlage für eine echte nachhaltige globale Entwicklung. Die Effekte einer asymmetrischen Verteilung von Wissen werden in einem zweiten Schritt skizziert. Vor diesem Hintergrund thematisiert dieser Report drei zentrale Herausforderungen, mit denen Forschungskooperationen an der Schnittstelle zur Entwicklungszusammenarbeit häufig konfrontiert sind: (1) Finanzielle und administrative Asymmetrien bei Forschungs- und Kooperationsprojekten; (2) ungleichberechtigter Zugang im Prozess, Wissen zu generieren und sichtbar zu machen; und (3) gleichberechtigte institutionelle Kooperation unter Einbezug nicht-akademischer Akteure und Stakeholder in wissenschaftspolitisch herausfordernden Kontexten. Die

---

<sup>2</sup> Wie zum Beispiel die Servicestelle Hochschulen für Entwicklung an der GIZ, die komplementär zum 2018 etablierten DAAD-Kompetenzzentrum Internationale Wissenschaftskooperationen (KIWi) gegründet wurde.

abschließenden Handlungsempfehlungen regen zu einer Auseinandersetzung darüber an, wie Forschungskooperationen global gleichberechtigt gestaltet werden können, wenn Forschung und Innovation zunehmend zu Feldern geopolitischer Auseinandersetzungen werden.

## Von der ‚Dritten Welt‘ zum ‚Globalen Süden‘: Neue Begriffe – neue Praktiken?

Insbesondere seit den 1970er/80er Jahren bildete sich ‚Globaler Süden‘ als Ausdruck in Wissenschaft, Entwicklungszusammenarbeit, Politik und Förderinstitutionen heraus und verbreitete sich in den letzten Jahren rasant. Er wird oft als Synonym für ‚Entwicklungsländer‘ verwendet und löste den früher vorherrschenden Ausdruck ‚Dritte Welt‘ ab (Skupien und Rüffin 2020; Mignolo 2011; Eckl und Weber 2007).

Ursprünglich führte der französische Gelehrte Alfred Sauvy das Konzept der ‚Dritten Welt‘ am 14. August 1952 als Ergänzung zu den vorherrschenden Begriffen ‚Erste‘ und ‚Zweite Welt‘ (bezogen auf die beiden politischen Blöcke, d.h. westliche Länder, die die freie Marktwirtschaft und liberale Demokratie forcierten, und die Sowjetunion mit dem Sozialismus als politisches Ziel) ein. Sauvy konnotierte den Begriff positiv: „Diese Dritte Welt, ignoriert, ausgebeutet, verachtet wie der Dritte Stand, will sein, was sie sein will“ (Sauvey 1952, Übersetzung der Autorin). In diesem Sinne lässt sich Sauvys Verständnis der ‚Dritten Welt‘ beschreiben als das „Streben der Dritten Welt, ein dritter Einflusspol (‚dritte Kraft‘) in der gegenwärtigen internationalen Ordnung zu werden, unabhängig von und gleichberechtigt zu den beiden bereits existierenden Welten, also mit einem eigenen ‚dritten Weg‘“ (Solarz 2012: 1563). „Dritte“ sollte demnach keine hierarchische Wertung sein, sondern die historisch Unterrepräsentierten benennen, sichtbar machen und ihre Handlungsfähigkeit aufzeigen.

Die Verwendung des Begriffs der ‚Dritten Welt‘, die im historisch-politischen Kontext des Kalten Krieges jedoch zunehmend dominant wurde, stand im Widerspruch zu dem, was sein Schöpfer Sauvy intendierte: ‚Dritte Welt‘ wurde zunehmend als ein Ausdruck verwendet, der in analytischen, normativen und politischen Konnotationen verankert war (Tomlinson 2003). Er wurde nicht nur im sozioökonomischen Sinne mit „Unterentwicklung“ gleichgesetzt: Die Gleichsetzung wurde mit einem spezifischen normativen Modernitätsverständnis verknüpft, in dem liberale Demokratie und der freie Markt als Schlüsselfaktoren für globale Entwicklung verstanden wurden (Comaroff und

Comaroff 2012; Solarz 2012). Diese Gleichsetzung manifestierte sich insbesondere in wirtschaftlichen und politischen Reformprogrammen, die von internationalen Akteuren und Regierungen in einkommensschwachen Ländern forciert wurden. Die Effekte dieser Reformprogramme werden weiter unten in diesem Bericht problematisiert.

Vor diesem Hintergrund ist die Ablösung vom Begriff ‚Dritte Welt‘ hin zum heute weit verbreiteten Begriff ‚Globaler Süden‘ in mehrfacher Hinsicht Ausdruck eines signifikanten Wandels: Einerseits wurde ‚Globaler Süden‘ zum Ausdruck einer sich veränderten internationalen Ordnung nach dem Ende des Kalten Krieges 1989 und der globalen Finanzkrise 2009. Mit den Worten des früheren Weltbank-Präsidenten Robert Zoellick, der 2010 eine Rede mit dem Titel *Das Ende der Dritten Welt?* hielt:

*„Wenn 1989 mit dem Untergang des Kommunismus das Ende der ‚Zweiten Welt‘ erlebte, dann sah 2009 das Ende der sogenannten ‚Dritten Welt‘: Wir befinden uns jetzt in einer neuen, sich schnell entwickelnden multipolaren Weltwirtschaft, in der einige Entwicklungsländer zu Wirtschaftsmächten heranwachsen; andere entwickeln sich zu weiteren Wachstumspolen; und einige kämpfen darum, ihr Potenzial innerhalb dieses neuen Systems auszuschöpfen, in dem Nord und Süd, Ost und West jetzt Punkte auf einem Kompass sind, nicht wirtschaftliche Schicksale.“ (Zoellick 2010, Übersetzung der Autorin)*

Andererseits wird der Begriff ‚Globaler Süden‘ zunehmend verwendet, um ein hierarchisches Denken zwischen „entwickelt“ und „unterentwickelt“ zu vermeiden.

Dennoch wird die Kritik am Begriff des ‚Globalen Südens‘, wie sie in Bezug auf die ‚Dritte Welt‘ formuliert wurde, von vielen Wissenschaftler:innen aufrecht erhalten. So betont Diane Stone, dass der Ausdruck ‚Globaler Süden‘ verallgemeinert und die Komplexitäten der Realitäten in den verschiedenen Kontexten nicht berücksichtigt:

*„Echte Ungleichheiten und ideologische Unterschiede bestehen fort zwischen den fortgeschrittenen Marktwirtschaften und westlichen (oder verwestlichten) liberalen Demokratien und den unterschiedlichen, oft neokolonialen Erfahrungen der Entwicklungsländer, die allzu oft als der ‚Globale Süden‘ in einen Topf geworfen werden.“ (Stone 2020: 17, Übersetzung der Autorin)*

In ähnlicher Weise betrachten die einflussreichen Wissenschaftler:innen Jean und John Comaroff den ‚Globalen Süden‘ als bloße Reproduktion des vorherrschenden Verständnisses der ‚Dritten Welt‘ mit der inhärenten Epistemologie der „westlichen Vormachtstellung“:

*„Der westliche Aufklärungsgedanke hat sich von Anfang an als die Quelle des universellen Lernens, der Wissenschaft und Philosophie positioniert; gleichzeitig hat sie den Nicht-Westen – verschiedentlich bekannt als die antike Welt, der Orient, die primitive Welt, die dritte Welt, die unterentwickelte Welt, die sich entwickelnde Welt und jetzt der globale Süden – in erster Linie als einen Ort beschränkter Weisheit betrachtet, von antiquarischen Traditionen, von exotischen Wegen und Mitteln. Vor allem von un-verarbeiteten Daten. Diese anderen Welten werden, kurz gesagt, weniger als Quellen verfeinerten Wissens denn als Reservoirs roher Daten behandelt.“ (Comaroff und Comaroff 2012: 1, Übersetzung der Autorin)*

Luciana Ballestrin konstatiert, dass der Begriff die eurozentrische Perspektive reproduziert: „So wird der globale Süden imaginär mit der Geschichte der Peripherien, des Ostens/Rests‘ und der Dritten Welt identifiziert“ (Ballestrin 2020, Übersetzung der Autorin).

Dennoch zeigen eine Vielzahl an Maßnahmen und Initiativen, die in den letzten Jahren an wissenschaftlichen Institutionen zur Stärkung der Zusammenarbeit mit dem ‚Globalen Süden‘ geschaffen wurden, dass das Bewusstsein um die formulierte Kritik stark zugenommen hat. Beispielsweise schreibt das Berlin Center for Global Engagement (BCGE)<sup>3</sup> der Berlin University Alliance (BUA), das 2019 gegründet wurde, um Forschungskooperationen mit dem ‚Globalen Süden‘ sowie in den Bereichen Wissenschaftsdiplomatie und Wissenschaftsfreiheit zu fördern:

*„Das Zentrum definiert den Globalen Süden nicht als ein strikt abgegrenztes geographisches Gebiet, sondern als eine Bezeichnung, die bestehende Hierarchien in der Wissenschaftsproduktion in Frage stellt. Dem Globalen Süden gehören demnach Länder an, die aus unterschiedlichen und oft mit wirtschaftlichen und politischen Asymmetrien korrelierten Gründen in der globalen Wissenschaftsproduktion eine marginalisierte Position einnehmen.“<sup>4</sup>*

In ähnlicher Weise bezieht sich die Universität Bonn in ihrem 2020 vorgelegten Strategiebericht zu internationalen Partnerschaften im letzten Abschnitt auf die Stärkung von Kooperationen mit dem ‚Globalen Süden‘. Im ersten Teil des Abschnitts wird differenziert, dass grobe Ländergruppierungen wie „Erste, Zweite und Dritte Welt“ oder „Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer“ ebenso wie die Ausdrücke „Globaler Norden“ und „Globaler Süden“ die Vielfalt von Entwicklungsprozessen nicht adäquat darstellen und zu wenig Differenzierung zulassen (Universität Bonn 2020: 10).

<sup>3</sup> Die Autorin ist seit Mitte 2020 Referentin am BCGE, BUA.

<sup>4</sup> Vergleiche die Webseite: <https://www.berlin-university-alliance.de/commitments/international/bcge/index.html> (22.02.2023)



## Die Effekte einer asymmetrischen Struktur in der Wissensproduktion

Die Kritik an einer asymmetrischen Struktur in der Wissensproduktion sieht die Art und Weise, wie Wissen und Innovation geschaffen werden, sowohl als Treiber als auch als Resultate und Praktiken politischer, sozio-ökonomischer und kultureller Prozesse. Plakativ formuliert: Wissen beeinflusst Politik, Politik beeinflusst Wissen. Die Zusammenhänge sind komplex und können hier nur sehr grob skizziert und angerissen werden.

### Einseitige Entwicklungspolitik und negative sozio-ökonomische Effekte

Die Debatte um den ‚Globalen Süden‘ entstand unter anderem aus einer wissenschaftlichen Kritik vor allem an den politischen und wirtschaftlichen Reformen seit den 1970er Jahren, die von westlich-dominierten internationalen Organisationen und Institutionen sowie von westlichen Regierungen in und mit den Regierungen von ‚Entwicklungsländern‘ angestoßen wurden, um Armut zu bekämpfen. Demokratisierung und liberale Marktwirtschaft wurden in den Reformen als zentrale Pfeiler verstanden, um die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen, die Armut bedingen, zu verändern. Hier wurde in vielen Ländern ähnlich operiert wie in Ägypten: In den 1970er Jahren implementierten der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank (WB), USAID sowie verschiedene westliche Regierungen zusammen mit der ägyptischen Regierung unter Anwar al-Sadat mehrere Reformprogramme mit dem formulierten Ziel, die wirtschaftliche Situation für die breite Bevölkerung zu verbessern und demokratische Prinzipien zu stärken. Auch die danach anschließenden Reformprogramme orientierten sich an diesen Leitlinien. Die Folgen und Effekte der Reformen in Bezug auf die breite Bevölkerung werden in kritischen Studien teils drastisch beschrieben. Beispielsweise attestieren Timothy Mitchell (2002) und Julia Elyachar (2005)<sup>5</sup>, dass die Reformen zu einer Verschlimmerung der Armut und der sozio-ökonomischen Ungleichheit geführt haben. Jüngste Studien zu Ägypten zeigen, wie diese auf politischer Ebene genutzt wurden, um autoritäre Praktiken zu stärken (Weipert-Fenner

---

<sup>5</sup> Timothy Mitchell resümiert die Reformen, die größtenteils zwischen 1970 und 1990 durchgeführt wurden, wie folgt: „Das Projekt der Wirtschaftsreform in Ägypten war ein Werk der Theorie und der Gewalt. Die Herstellung der Marktwirtschaft erforderte eine Reihe von Framings, die versuchten, zu fixieren und auszuschließen“ (Mitchell 2002: 301, Übersetzung der Autorin). Julia Elyachar formuliert noch drastischer: „Aber selbst wenn Waffen keine Rolle spielen, sind Maßnahmen wie Zwangsprivatisierung und strukturelle Anpassung eine Form der Gewalt gegen diejenigen, die einen echten Preis für ihre Gesundheit und ihr Leben zahlen“ (Elyachar 2005: 214, Übersetzung der Autorin).

2020) oder wie diese Erfahrungen auf individueller Ebene teilweise dazu führen, dass die von der Regierung befeuerten anti-westlichen Stimmungen sich auch in der breiten Bevölkerung zunehmend niederschlagen (Wessel 2022: 93). Die top-down angestoßenen Wirtschafts- und Politikreformen basierten auf einem einseitigen Wissens- und Ideologietransfer, der die kontextspezifischen Bedingungen des „Empfängerlandes“ unberücksichtigt ließ. Für die Umsetzung zentrale Akteure sowie die Hauptadressaten der Reformen wurden weitgehend ausgeschlossen. Dies führte in der Konsequenz zu gegenteiligen Effekten als ursprünglich intendiert – so die fundamentale Kritik.

## **Kollektive soziopsychologische Erfahrungen**

Wissenschaftler:innen weisen zudem auf kollektive soziopsychologische Erfahrungen bei der Ausgrenzung von Wissensregimen hin. Der ägyptische Ökonom Galal Amin spricht beispielsweise von einem „Khawaga-Komplex“<sup>6</sup>, der teilweise in ägyptischen Diskursen zu beobachten sei (Amin 2006: 10). Er adressiert damit das Phänomen einer Selbststigmatisierung gegenüber den vermeintlich „entwickelten“ westlichen Ländern. Amin stellt diesen „Komplex“ als eine Form des Postkolonialismus dar, der durch westliche Länder in Zusammenarbeit mit der nationalen Regierung ausgeübt wird und der nach den 1950er Jahren entstanden ist. Das Phänomen wird auch in aktuellen Studien mit Fokus auf Wissenschaftler:innen aus anderen Entwicklungs- und Schwellenländern beschrieben: Beispielsweise konstatiert der Wissenschaftler Márton Demeter: „Im Zuge der Akkumulation von akademischen Kapital erhält und stärkt das Zentrum seine Vormachtstellung überwiegend durch die Ausbeutung der Peripherie, aber auch die Peripherie trägt zu diesem Prozess bei durch die Selbststigmatisierung der peripheren und nicht zu dem Kern gehörenden Wissen“ (Demeter 2020: 14, Übersetzung der Autorin).

## **Ungleichverteilung von Wissen – Ungleichverteilung von Innovation und Kapazitäten**

Die Ungleichverteilung von Wissen und geeigneter inklusiver Strukturen, die wissenschaftliche Innovationen ermöglichen, hat drastische gesundheitliche und sozio-ökonomische Folgen auf lokaler, nationaler und globaler Ebene. Im Bereich der medizinischen Forschung können die Zusammenhänge besonders deutlich gemacht werden: Im Zuge der Corona-Pandemie konnte die erfolgreich Impfstoffentwicklung und -produktion insbesondere in den wohlhabenden westlichen Ländern vorangetrieben werden, die sich dann auch

---

<sup>6</sup> Der Ausdruck „khawaga“ wird in der Regel im ägyptischen Dialekt verwendet, um einen westlichen, bzw. privilegierten Ausländer zu bezeichnen.

überwiegend die Impfstoffe sichern konnten. Während wohlhabende Länder somit ihrer Bevölkerung weitgehend vollständigen Impfschutz anbieten können, sind in den meisten anderen Ländern nur kleine Teile der Bevölkerung geimpft. Eine gerechtere Verteilung von Wissen um mRNA-Technologien, Ressourcen und Kapazitäten für Forschung hätte zu einer global gerechteren Impfverteilung führen können. Die Entstehung von weiteren Mutationen hätte dadurch vielleicht nicht verhindert, aber vermutlich verlangsamt werden können. Auch die sozio-ökonomischen Konsequenzen würden weniger drastisch ausfallen, als es nun der Fall ist. Obwohl das Bewusstsein um die Notwendigkeit einer globalen Impfstrategie zur Bewältigung der Pandemie vorhanden ist – insbesondere die WHO adressiert dies immer wieder –, schaffen es nur wenige Regierungen, dies auch als nationale Strategie zu diskutieren.

Die Ungleichverteilung von Wissen kann zu einem ineffizienten Einsatz von Technologien und Innovationen führen: Es reicht nicht aus, technische und medizinische Innovationen isoliert in einem Kontext zu entwickeln und diese in einem anderen Kontext zu überführen: Die Instandhaltung, Bedienung und Schaffung von personellen und intellektuellen Kapazitäten im Umgang mit Innovation müssen mitbedacht werden. Materialbeschaffung zur Instandhaltung von Innovationen kann aufgrund politischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Strukturen in anderen Ländern ein großes Problem darstellen. Zudem können andere klimatische und ökologische Kontexte den Einsatz von Innovationen und Technologien beeinflussen.

## **Mangelnde Akzeptanz von materiellen und immateriellen Innovationen**

In diesem Zusammenhang muss auch auf die mögliche Abwehr oder Ignoranz von materiellen und immateriellen Innovationen hingewiesen werden, wenn die Interessen, Bedenken, und Fähigkeiten der Nutzer:innen und Adressat:innen vom Entwicklungsprozess exkludiert werden, also keine Akzeptanz geschaffen wird. Bei technologischen und medizinischen Innovationen mag dies schnell einleuchten: Bei der Bereitstellung einer neuen Medizin, Behandlungsform oder einer technischen Anwendung muss auch sichergestellt werden, dass die Sinnhaftigkeit der Nutzung den verantwortlichen Akteur:innen, Multiplikator:innen und der weiteren Bevölkerung auch kommuniziert wird. Dies setzt voraus, dass man im Vorhinein die kontextspezifischen Bedürfnisse eruiert und gemeinschaftlich adressiert. Um ein Beispiel aus dem deutschen Kontext zu benennen: Die Corona-App wurde bei ihrer Einführung nur schleppend von der breiten Bevölkerung heruntergeladen. Insbesondere die Angst vor Datenmissbrauch und staatlicher Überwachung wurden als Gründe für die Ablehnung angegeben – und man bedenke, dass diese Sorge bezüglich

staatlicher Überwachung in einem demokratischen Kontext benannt wird. Erst die breite öffentliche Diskussion und entsprechende Anpassungen in der App führten zu einem Anstieg in der Nutzung.

## Verlust von Wissensressourcen

Asymmetrische Strukturen in der Wissensproduktion führen dazu, dass wichtige Erkenntnisse und Potentiale für Innovationen schlichtweg übersehen werden. Warum lokales und/oder traditionell über Jahrhunderte gewachsenes Wissen nicht transportiert wird, kann viele Gründe haben. Möglicherweise fehlen die Kenntnisse oder Ressourcen, die man benötigt, um dieses Wissen als über den Kontext hinaus ‚relevant‘ zu deklarieren. Die „Selbstperipherisierung“ kann dazu führen, dass das Vertrauen in etablierte und funktionierende Strukturen oder Mechanismen der Wissensweitergabe nicht ausreicht. Sprachbarrieren stellen ein weiteres großes Hindernis da. Oder man kann nicht in den Austausch mit Wissenschaftler:innen oder anderen Multiplikator:innen kommen aufgrund physischer und politischer Barrieren, zum Beispiel wegen gewalttätiger Konflikte oder Einschränkungen in der Wissenschaftsfreiheit.

Dies ist weder eine erschöpfende und systematische Auflistung der Effekte asymmetrischer Wissensstrukturen noch eine differenzierte Analyse. Die Beispiele sollen ein Bewusstsein dafür schaffen, dass die kontinuierliche Reproduktion einer Dichotomie des „entwickelten und modernen Westens“ vs. einer „rückständigen und unterentwickelten“ Region reale Auswirkungen in sozialer, ökonomischer und politischer Hinsicht hat. Das erklärt auch, warum die Auseinandersetzungen um Terminologien wie ‚Globaler Süden‘ so heftig sind: Es geht nicht um Worte und Rhetorik – es sind kraftvolle Erzählungen darüber, wie Menschen und Institutionen die Welt verstehen und die kollektive und individuelle Wahrnehmung prägen. Diese Erzählungen spiegeln sich in konkreten politischen Praktiken wider. Gerade deswegen ist es zentral, die wissenschaftliche Kritik an dem Begriff ‚Globaler Süden‘ als Debatte darüber zu verstehen, wie wir mit dominanten asymmetrischen Strukturen in der Wissensproduktion umgehen können. Dem zu Grunde liegt, dass Wissen entlang sozio-ökonomischer Faktoren ungleich verteilt ist, die sowohl global als auch regional, national und lokal unterschiedlich gelagert sind. Plakativ formuliert: Im Rahmen der globalen Ungleichverteilung von Wissen gibt es weitere Ebenen der Ungleichverteilung, die beim Umgang mit globalen Herausforderungen bedacht werden müssen.

## Zentrale Herausforderungen beim Aufbau gleichberechtigter Zusammenarbeit

Aus dieser Perspektive ist die Schaffung gleichberechtigter Strukturen in der Wissensproduktion ein wichtiger Beitrag zum Umgang mit globalen Herausforderungen. Welche Implikationen hat dies für Internationalisierungsstrategien von Forschungseinrichtungen, Universitäten und unterstützende Stellen wie Förderorganisationen und Politik?

### Kooperation auf Augenhöhe?

Die hohe Bedeutung der Kooperation auf Augenhöhe wird häufig von Wissenschaftler:innen, Universitäten und innerhalb von Förderprogrammen gleichermaßen hervorgehoben. So hat beispielsweise die EU im August 2018 einen *Globalen Verhaltenskodex für Forschung in ressourcenarmen Umgebungen* (TRUST 2018) adaptiert, der Standards für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit bietet. Ganz allgemein formuliert, heißt Kooperation auf Augenhöhe aus der dort dargelegten Perspektive, dass alle beteiligten Partner kooperativ eine Idee für ein Projekt entwickeln und in Strukturen arbeiten können, die eine gleichberechtigte Umsetzung ermöglichen und sicherstellen und dass Sichtbarkeit und Anerkennung für die Ergebnisse und deren Nutzung gleichermaßen verteilt sind.

Eine der größten strukturellen Herausforderungen für die Umsetzung gleichberechtigter Kooperationen in die Praxis, die meist bei den förderpolitischen Diskussionen vernachlässigt wird, sind die finanziellen und administrativen Asymmetrien bei Forschungs- und Kooperationsprojekten (vgl. Lentz und Noll 2020: 16–9). Häufig lässt der Fördergeber keine gleichmäßige Verteilung auf die Projektpartner zu, sondern überträgt die Mittel an eine juristische Person im Land des Fördergebers, wie z.B. eine Universität in Deutschland. Daher lokalisiert die Finanzierungsstruktur die finanzielle Verantwortung bei der Universität tendenziell im einkommensstarken Kontext. Diese ist damit verantwortlich für die rechtliche Administration des Projekts. Dies hat vielfältige Konsequenzen: Falls zusätzliches Personal für das Projekt im Partnerland angestellt oder aufgestockt werden muss, können meist keine langfristigen Arbeitsverträge ausgestellt werden. Die Projektpartner erhalten daher ein Honorar oft nur auf Grundlage von Werkverträgen. Bei der Überweisung von Sach- und Reisemitteln ist man tendenziell auf eine nachträgliche Erstattung angewiesen. Die Wissenschaftler:innen und Projektmitarbeiter:innen im Partnerland müssen daher häufig die Kosten vorstrecken. Insbesondere bei Reisen ist dies ein Problem, speziell dann, wenn das Gehalt im Zielland sehr viel weniger Kaufkraft hat. Der Geldtransfer selbst ist oft aus rechtlichen, technischen

und administrativen Gründen eine Herausforderung, was die Zahlung und damit die Projektimplementierung verzögern kann. Die Anforderungen des Geldgebers an Rechnungsbelege und Quittungen sind oftmals in den Partnerländern so nicht bekannt. Gehaltsstrukturen und Möglichkeiten der Nutzung von Räumlichkeiten und der universitären Ausstattungen sind in Partnerländern oft anders gelagert und haben wenig gemein mit der Förderlogik. Overhead-Kosten werden aber meist nicht gefördert.

Insbesondere die kurzfristige Förderung von Projekten, die aus Fördergeber-sicht meist als ein wichtiges Instrument der Qualitätssicherung dargestellt wird oder schlichtweg aus budgetären Gründen nicht anders möglich ist, trägt zusätzlich dazu bei, Projekte unter Druck zu setzen. Die Kurzfristigkeit zwingt die finanziell verantwortliche Universität oder Organisation oft in eine Situation, in der sie die Partner zu einem schnelleren Vorankommen drängen müssen, obwohl die Projektpartner die versprochenen Zuwendungen, Honorare und Erstattungen aus oben genannten Gründen oft erst sehr viel später erhalten als ursprünglich angedacht. Das finanzielle Ungleichgewicht, die geringe Zeit zur kooperativen Konzeption des Projekts und der Zeitdruck untergraben somit strukturell die Realisierung der guten Intentionen aller beteiligten Personen und Institutionen. So können die angestrebten positiven Wirkungen der Kooperation leicht ins Gegenteil umgekehrt oder zumindest inklusive, konstruktive und gleichberechtigte Kommunikationsstrukturen in eine massive Schiefelage gebracht werden. Je erfahrener und vertrauter die Projektteams sind, desto besser können sie in der Regel mit diesen Herausforderungen umgehen. Dennoch ist die Verwaltung von Projekten gemäß den gesetzlichen Anforderungen nicht nur komplex, sondern erfordert oft individuelle Lösungen für jeden Einzelfall. Diese Einzelfalllösungen sind in der Gesamtsicht so aufwendig, dass Projekte sehr stark von administrativen Alltagsfragen dominiert werden, während andere wichtige Themen nicht besprochen oder bearbeitet werden können.

Hier wächst jedoch das Bewusstsein für diese strukturelle Herausforderung. In jüngerer Zeit bieten verschiedene Förderorganisationen Programme in Partnerschaft mit anderen Ländern an oder konzentrieren sich auf den Aufbau strategischer und langfristiger Kooperationen, die zur Vermeidung dieser finanziellen Ungleichgewichte beitragen könnten. Dies gilt nicht nur für kleinere spezialisierte Förderorganisationen, wie etwa die Gerda-Henkel-Stiftung mit ihrem Schwerpunkt historische Geisteswissenschaften, die seit 2014 die Lisa-Maskell-Stipendien in Kooperation mit Partnerinstitutionen in Südafrika, Uganda und Süd-Ostasien vergibt. Zunehmend unterstützen auch größere Förderorganisationen, die sich traditionell auf die Förderung des Forschungsaustauschs durch die Bereitstellung von Stipendien für einzelne Forscher konzentriert haben, wie der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD),

längerfristige Programme mit Partnern in ressourcenarmen Kontexten. So betonte der Präsident des DAAD, Prof. Joybrato Mukherjee, in der Online-Podiumsdiskussion „Debating the Future of Inclusive Knowledge Production with the ‚Global South““ an der FU Berlin im Februar 2021<sup>7</sup> die zunehmende Bedeutung der Förderung strategischer Kooperationen mit Partnern im ‚Globalen Süden‘. Eine Maßnahme zur Unterstützung struktureller Zusammenarbeit des DAAD im Jahre 2021, die vom Auswärtigen Amt gefördert wird, war die Förderung von acht Globalen Zentren, die sich den Themen Klima und Umwelt sowie Gesundheit und Pandemieprävention widmen und in Vietnam, Ghana, Kuba/Mexiko, Gabun, Indien, Kolumbien, Kenia und Jordanien angesiedelt sind.<sup>8</sup> In ähnlicher Weise zielen die vom BMBF geförderten Merian-Zentren darauf ab, strukturelle, langfristige Kooperationen in den jeweiligen Kontexten aufzubauen.<sup>9</sup> Ob diese Maßnahmen in der Praxis jedoch tatsächlich zu einer gleichberechtigten Verteilung von Wissen führen werden, hängt stark davon ab, wie interne Prozesse organisiert werden und wie über den Einsatz der finanziellen Ressourcen entschieden wird.

Auch wenn dies vielversprechende Entwicklungen sind, sind solche Förderprogramme noch immer selten und für viele geförderte Projekte bleibt die große strukturelle Herausforderung der finanziellen Asymmetrien sowie der administrativen und organisatorischen Aspekte bestehen. Dies zeigt unter anderem der im April 2022 von der Vereinigung für Afrikawissenschaften in Deutschland formulierte *Offene Brief zur deutschen Wissenschaftskooperation mit dem Globalen Süden*.<sup>10</sup> Der hohe bürokratische Aufwand und die Überregulierung deutscher Forschungsförderung werden hier prominent als Grund dafür benannt, warum eine partnerschaftliche Kooperation auf Augenhöhe schwierig ist und neue Initiativen oft schon im Keim ersticken.

## **Angleichung von Vernetzungsmöglichkeiten, Zugang zu Wissen und Sichtbarkeit**

Eine erfolgreiche institutionelle Kooperation auf Augenhöhe erwächst häufig über Jahrzehnte aus individuellen Netzwerken heraus, die meist schon während des Studiums oder der Promotion aufgebaut werden. Der gleichberechtigte

---

**7** Die Veranstaltung wurde vom Berlin Center for Global Engagement an der Berlin University Alliance organisiert als Teil der Veranstaltungsreihe „Watersheds of Internationalization“ der Freien Universität Berlin.

**8** Für weitere Informationen zu den Globalen Zentren, siehe: <https://www.daad.de/en/information-services-for-higher-education-institutions/further-information-on-daad-programmes/globale-zentren/> (27.02.2023).

**9** Für weitere Informationen zu den Merian-Zentren, siehe: [https://www.geistes-und-sozialwissenschaften-bmbf.de/files/Strukturelle%20Wirkungen%20Merian-Zentren\\_Stand%202020\\_07\\_11.pdf](https://www.geistes-und-sozialwissenschaften-bmbf.de/files/Strukturelle%20Wirkungen%20Merian-Zentren_Stand%202020_07_11.pdf) (27.02.2023).

**10** Der Link zum Brief: <https://vad-ev.de/2022/04/27/offener-brief-an-die-leitungen-von-bmbf-dfg-und-daad-zur-deutschen-wissenschaftskooperation-mit-dem-globalen-sueden/> (01.03.2023).

Zugang bei der Schaffung und nachhaltigen Pflege von Netzwerken ist jedoch meist nicht gegeben – Wissenszugang und -produktion sind also asymmetrisch verteilt.

Um den Aufbau funktionierender und inklusiver Kommunikationsstrukturen auf individueller Ebene zu ermöglichen, bedarf es gleichberechtigter Netzwerk-Möglichkeiten in Workshops, Konferenzen und informellen Situationen sowie beim Zugang zu akademischen Positionen. Viele Forscher:innen in einkommensschwachen Umgebungen können die Reisekosten oft nicht aufbringen, die (zeitgerechte) Erfüllung der Visumpflicht ist ein weiteres großes Hindernis. Eine Finanzierung von Reisen für die internationalen Projektpartner:innen für Treffen oder Workshops in Drittländern ist aus administrativen Gründen nicht immer möglich, je nachdem, wie das Förderprogramm aufgesetzt ist. Dies kann eine konstruktive Nord-Süd-Süd Kooperation verhindern und nimmt zudem die Möglichkeit, Visaprobleme zu umgehen.

Die Pandemie förderte virtuelle Konferenzen und Workshops, die internationale Teilnahme von Wissenschaftler:innen ermöglichen, was im Hinblick auf den Wissensaustausch ein großer Vorteil ist. Schlechte Internetbedingungen stellen aber nach wie vor eine große Herausforderung dar und ersetzen nicht die persönliche Begegnung: Informelle Pausen und Aktivitäten in Konferenzen und Workshops bieten wichtige Netzwerk-Möglichkeiten für Wissenschaftler:innen. Zudem können viele Missverständnisse vermieden werden, wenn Einzelpersonen und Institutionen der Zusammenarbeit ein besseres Verständnis des rechtlichen, organisatorischen und sozio-kulturellen Kontexts der Partner haben, was durch eine physische Präsenz ermöglicht wird. Nur durch regelmäßigen Austausch und persönliche Begegnungen kann letztlich Vertrauen aufgebaut werden, das für eine erfolgreiche Kooperation unerlässlich ist. Auch bei der Aneignung von Regionalexpertise in politisch heiklen Kontexten fehlt es an systematischer Unterstützung von Forschenden: Sicherheitsfragen werden in der Regel aus einer rein versicherungsrechtlichen Perspektive gedacht. Dies zeigt sich beispielsweise in Situationen, in denen das Auswärtige Amt Reise- und Sicherheitshinweise für einen bestimmten Kontext gibt. Die rechtliche Konsequenz bei einem Reiseantritt ist in der Regel, dass Versicherungen nicht mehr haften, die reisende Person folglich individuell die Verantwortung für eine potentielle Gefährdung übernimmt.

Die Nichtberücksichtigung von Sprachbarrieren, die sich in mangelnden Möglichkeiten zur technischen und finanziellen Unterstützung von Vielsprachigkeit bei Konferenzen und Workshops oder auch fehlenden Fördermöglichkeiten für die Übersetzung von Publikationen ausdrückt, schließt ebenfalls viele Wissenschaftler:innen und andere Akteur:innen von der aktiven Teilnahme an wissenschaftlichen Debatten aus.



Ein weiterer wichtiger Aspekt zur Angleichung individueller Vernetzungsmöglichkeiten und Sichtbarkeit betrifft den Zugang zu Daten, Software, Bibliotheken und Zeitschriften, der für die Forschungsqualität sowie die Teilnahme an Diskussionen und die Teilhabe an einem akademischen Netzwerk von entscheidender Bedeutung ist (Lentz und Noll 2020: 19). Open Science und Open Access werden als zentrale Instrumente zur möglichen Angleichung der unterschiedlichen Wissensregime auf internationaler Ebene diskutiert.<sup>11</sup> Aber auch Wissenschaftler:innen, die große Hoffnungen in Open Science setzen, sehen Herausforderungen darin, das Konzept global gerecht in die Praxis umzusetzen. Beispielsweise gibt es Bedenken, dass die von Forscher:innen im ‚Globalen Süden‘ produzierten Daten von Wissenschaftler:innen in einkommensstarken Kontexten zur eigenen Profilierung genutzt werden (Serwadda u.a. 2018). Zudem wird kritisiert, dass durch das Abschaffen von Zugangskosten für Leser:innen die Kosten auf die Autor:innen umgewälzt werden, was Autor:innen in einkommenschwachen Kontexten oder Situationen zusätzlich benachteiligt – das Zugangsproblem folglich verlagert, aber nicht löst (Ross-Hellauer, Fessl & Klebel 2020). Zugangsmöglichkeiten zu internationalen peer-reviewed journals gerechter zu gestalten, ist ein zentrales Thema der komplexen Open Science-Debatten und -Konzepte, denn Veröffentlichungen in den hochrangigen meist Englisch-dominierten Fachzeitschriften sind neben der bisherigen institutionellen Zugehörigkeit nach wie vor das wichtigste Instrument, um die Qualifikation und den „scholarly impact“ von Kandidat:innen bei der Bewerbung auf eine wissenschaftliche Stelle zu messen.

Insbesondere die Forschung zu oder in Kontexten, in denen Einschränkungen in der Wissenschaftsfreiheit zunehmen – diese reichen auch über nationale Grenzen hinaus –, stellt ein großes Risiko für die Sichtbarkeit von Forscher:innen und Projektteilnehmer:innen dar – auch im Nachgang des Projekts. Die Entwicklung von sinnvollen Publikationsstrategien, die einerseits Sichtbarkeit ermöglichen und andererseits nachhaltig Sicherheit garantieren, ist ein Widerspruch, der oft nur schwer aufzulösen ist und eine Angleichung von Wissensstrukturen in vielen Fällen verhindert.

Aber nicht nur aus Gründen der international wissenschaftlich gleichberechtigten Sichtbarkeit ist es wichtig, weiter über alternative Modelle zur Messung von wissenschaftlicher Qualifikation und Wirkung nachzudenken. Die Verschmelzung von Forschung und Entwicklungszusammenarbeit erfordert

---

**11** Einen guten Überblick und weiterführende Informationen über Open Science bietet die Berlin University Alliance Open Science und OpenX Initiative: <https://www.berlin-university-alliance.de/commitments/research-quality/open-science/index.html> (17.10.2022). Einen Eindruck zu aktuellen Debatten kann man in den Berichten der Open Science Conference 2022 erhalten: <https://www.zbw-mediatalk.eu/2022/04/open-science-conference-2022-new-challenges-at-the-global-level/> (17.10.2022).

die Inklusion einer Vielzahl von Akteur:innen in die Projekte, die nicht in der Wissenschaft tätig sind und einen Outreach generieren, der über das akademische Publikum hinausgeht.

## **Mit wem kooperieren? Globale Asymmetrien und Wissenschaftsfreiheit**

Die Kritik an einer globalen Asymmetrie in der Wissensproduktion geht weit über die Dichotomie von Nord/Süd oder Arm/Reich hinaus. Sie beleuchtet die komplexen und heterogenen Macht- und Wissensverhältnisse auch innerhalb nationaler und lokaler Kontexte. Vor diesem Hintergrund ist die Frage, mit wem auf institutioneller Ebene kooperiert werden soll, in zweifacher Hinsicht eine besondere Herausforderung.

Erstens zielt Förderung in der Regel auf „exzellente“ Forschung ab. Daher suchen Universitäten und Forschungseinrichtungen in Ländern mit schwachen oder mittleren Einkommen in der Regeln nach den „exzellenten“ Pendants mit der Konsequenz, dass man tendenziell eine sozio-ökonomische Elitenförderung betreibt. Viele dieser exzellenten Universitäten sind private oder halbprivate Universitäten, die in sozioökonomischer Hinsicht exklusiv sind. In einkommensschwachen Ländern ist die Kluft zwischen den sozioökonomisch reicheren und den ärmeren Gesellschaftsschichten größer als in wohlhabenderen Ländern. Die Mittelschicht ist klein. Daher tendieren viele der exzellenten Universitäten dazu, eher exklusive Zentren der wohlhabenden Eliten in volkswirtschaftlich einkommensschwachen Umgebungen zu sein. Zudem handelt es sich meist um Universitäten, die von westlichen Ländern mitgegründet wurden, wie beispielsweise die 1919 gegründete American University oder die 2002 etablierte German University in Kairo, und daher eine sehr spezifische Gruppe von Studierenden und Forschenden anziehen. In der arabischen Region ist die Zahl der privaten Universitäten im Vergleich zu anderen Regionen und Ländern wie den USA oder Japan immer noch gering. Die Entstehung neuer privater, nationaler Universitäten hat in den letzten Jahren jedoch stark zugenommen. In einer UNESCO-Studie zum arabischen Raum aus dem Jahre 2018 heißt es: „In den frühen 1950er Jahren gab es in den arabischen Ländern nur etwa 13 öffentliche und private Universitäten, aber vor wenigen Jahren stieg die Zahl auf über 700 Universitäten mit mehr als 13 Millionen Studenten“ (UNESCO Regional Bureau for Education in the Arab States 2018: 13, Übersetzung der Autorin). Motivation und Dynamiken in der Elitenförderung werden sich dadurch weiter verschieben. Wenn Forschungskooperationen einen zentralen Beitrag zur Bewältigung globaler Herausforderungen leisten sollen, müssen Akteur:innen außerhalb der wissenschaftlichen Exzellenz in

die Gestaltung der Projekte mit einbezogen werden, insbesondere angesichts der oben beschriebenen Tendenz, dass ‚Exzellenz‘ häufig mit einem hohen sozio-ökonomischen Status korreliert. Andernfalls können Forschungskooperationen die Ungleichheiten in der globalen Wissensproduktion perpetuieren.

Zweitens laufen insbesondere Kooperationen in Kontexten mit Einschränkungen in der Wissenschaftsfreiheit Gefahr, bei der Partnerwahl politisch konnotierte Gruppen oder Kollektive eines Regimes zu stärken. Für Externe ist oft sehr schwer einsehbar, inwiefern sich die Hierarchien an Universitäten und Forschungsinstitutionen in Partnerländern an politischen Netzwerken orientieren und diese für Postenvergabe relevant sind. Auch welche Themen in bestimmten Kontexten als politisch heikel verstanden werden, erfordert ein hohes Maß an Kontextwissen. Sowohl die Einbindung von akademischen als auch nicht-akademischen Peers in Forschungsprojekte kann in Kontexten, in denen die Wissenschaftsfreiheit stark eingeschränkt ist, ein hochpolitisches Unterfangen sein, selbst wenn es sich dabei nicht um Personen der politischen Opposition handelt. Die Zusammenarbeit mit Gruppen oder Kollektiven, die nicht als Teil des regimetreuen Netzwerks im jeweiligen Kontext verstanden werden, kann leicht zu Pfadabhängigkeiten bei weiteren Kooperationspartnern führen oder zu einem Politikum werden.<sup>12</sup> Häufig werden in Policy-orientierten Debatten Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit als eine ethisch individuelle Herausforderung deklariert und damit die alleinige Verantwortung den Projektteilnehmer:innen überlassen. Die Sicherstellung, dass Projektteilnehmer:innen keine individuellen physischen oder anderweitigen Bedrohungen fürchten müssen, bzw. adäquate Reaktionsmöglichkeiten haben – während des Projekts und darüber hinaus –, ist die Grundlage für Forschung und Kooperation und sollte auch politisch und strukturell flankiert werden. Andernfalls droht ein massiver Abfall von Forschungskooperationen in politisch herausfordernden Kontexten sowie von der entsprechenden Regionalexpertise. Wie eine solche Flankierung aussehen könnte, muss diskutiert werden. Voraussetzung dafür ist, dass Einschränkungen in der Wissenschaftsfreiheit nicht nur als ethisches Problem verstanden werden, das in der Verantwortung der Projektimplementierenden liegt, sondern als ein politisches.<sup>13</sup>

---

**12** Siehe zum Beispiel Sari Hanafi: *The Pen and the Sword: The Narrow Margin of Academic Freedom in the Arab World*. Der Blogbeitrag, veröffentlicht im Mai 2021, ist online zu finden unter <https://trafo.hypotheses.org/28464> (27.02.2023).

**13** In dem 2022 veröffentlichten Working Paper der Europäischen Kommission *Tackling R&I Foreign Interference* werden Empfehlungen ausgesprochen, wie Universitäten und Forschungseinrichtungen mit Einschränkungen in der Wissenschaftsfreiheit umgehen können; der Schwerpunkt liegt jedoch auf Sicherheitsrisiken von ausländischen Akteuren: <https://op.europa.eu/en/web/eu-law-and-publications/publication-detail/-/publication/3faf52e8-79a2-11ec-9136-01aa75ed71a1> (27.02.2023).

## Strategien der Internationalisierung: Empfehlungen

Der Aufbau, die Etablierung und die Umsetzung von Forschungskooperationen mit Partnern in marginalisierten Kontexten, insbesondere wenn es sich um autoritäre, semi-autoritäre oder fragile Kontexte handelt, ist ein komplexes Unterfangen. Es stellen sich sowohl politische als auch ethische Fragen, nicht nur für Universitäten und Forschungseinrichtungen, sondern auch für Institutionen der Politik und der Förderung. Um globale Herausforderungen anzugehen, ist in der Regel nicht die „Ob“-Frage – sollen wir kooperieren oder nicht – relevant. Um globale Herausforderungen zu adressieren, sind Forscher:innen darauf angewiesen, in internationalen Teams und/oder in spezifischen Kontexten zu arbeiten, auch wenn das politische System autoritär sein mag. Die wichtigste Frage ist daher die „Wie“-Frage. Die Entzerrung dominanter asymmetrischer Strukturen in der Wissensproduktion zur besseren Bewältigung globaler Herausforderungen bildet die Grundlage für die hier formulierten Empfehlungen oder Denkanstöße zur Weiterentwicklung von Internationalisierungsstrategien. Aus dem Skizzierten ergeben sich insbesondere drei Handlungsfelder zur Gestaltung gleichberechtigter Kooperationen.

- **Erstens** ist die Überwindung finanzieller und administrativer Asymmetrien bei der Etablierung und Ausweitung von Forschungskooperationen zentral, um gleichberechtigte und inklusive Strukturen aufzubauen.

### **Gleichberechtigte und langfristige Förderung „bottom-up“ forcieren**

Für die Schaffung inklusiver und gleichberechtigter Projektstrukturen muss mehr langfristige Förderung angeboten werden. Insbesondere Zeit ist der Schlüssel zum Aufbau funktionierender Kommunikationsstrukturen – sowie der wichtigsten Komponente erfolgreicher Projektpartnerschaften: Vertrauen. Um die negativen Effekte finanzieller Asymmetrien aufzufangen, sollte die finanzielle Verantwortung auf die kooperierenden Partner verteilt werden.

Ein erfolgreiches inklusives Projekt beginnt bei der gemeinschaftlichen Ausarbeitung der Projektidee und nicht erst beim Einreichen des Antrags. Es sollten mehr Förderprogramme für solche Konzeptionsphasen geschaffen werden. Förderprogramme sollten thematisch weniger restriktiv sein, sondern eher darauf abzielen, Themen, Strukturen und Formulierungen von „unten“ nach „oben“ festzulegen. Zudem sind jährlich wiederkehrende Förderprogramme sinnvoll, um die gemeinschaftliche Antragstellung langfristig planbar zu machen.

Des Weiteren müssen Förderprogramme Reisekosten für Nord-Süd-Süd Kooperationen decken. Beispielsweise könnte das Hindernis der Reiserestriktion und des schwierigen Zugangs zu Visa durch Konferenzen und Workshops in einem am Projekt teilnehmenden Drittland überwunden werden.

## **Rechtlich-administrative Herausforderungen auf verschiedenen Ebenen adressieren**

Der hohe administrativ-rechtliche Aufwand bei internationalen Forschungskooperationen kann durch verschiedene Maßnahmen reduziert werden. Es gibt Förderinstitutionen und Fördereinheiten, die bereits viel Expertise dahingehend gesammelt haben, wie Förderprogramme angelegt werden müssen, um die administrative Last zu vereinfachen. Ein best-practice Austausch zwischen den Förderinstitutionen unter Einbezug von erfahrenen wissenschaftlichen Projektverantwortlichen wäre hier sinnvoll. Eine weitere wichtige Maßnahme für die koordinierenden Personen und die an solchen Projekten beteiligten Verwaltungsmitarbeiter:innen sind praktische Schulungen und rechtliche Hintergrundinformationen zum Umgang mit den verschiedenen administrativen Herausforderungen. Bei vielen Vorgängen handelt es sich um „Übersetzungsleistungen“ von einem rechtlichen Rahmen in einen anderen. Bei einer solchen Übersetzungsleistung eröffnen sich rechtliche Grauzonen, die Verwaltungsmitarbeiter:innen und Budgetverantwortliche verunsichern können. Auch hier kann ein best-practice Austausch unterstützen. Einige administrativ-rechtliche Herausforderungen müssen jedoch auch auf politischer Ebene mit den Finanzverwaltungen und Universitäten zusammen adressiert werden. Beispielsweise ist der Geldtransfer in Krisenregionen nicht nur in technischer Hinsicht oft eine Herausforderung, sondern auch in politischer. In solchen Fällen sollten Projektverantwortliche, Verwaltung und Förderer alternative Möglichkeiten für den Geldtransfer (Barauszahlungen, Direktüberweisungen) besprechen. Die Verantwortung sollte hier nicht allein auf den Schultern des/der Projekt- oder Budgetverantwortlichen abgeladen werden.

## **Projektkommunikation als effektives Ziel**

Förderprogramme sollten den Aufbau von inklusiven und konstruktiven Kommunikationsstrukturen zum effektiven Ziel machen. Dies darf aber nicht darin münden, dass bei der Konzeption von Ausschreibungen eine weitere Hürde für die Antragseinreichung eingezogen wird. Projektkommunikation sollte also als ein wichtiger und kontinuierlicher Lernprozess verstanden werden und daher auch finanziell unterfüttert und aktiv unterstützt werden. Inklusive und gleichberechtigte Projektkommunikation heißt, dass Prozesse über

die Verteilung des Finanzbudget, Projektorganisation, Datenmanagement, Veröffentlichung und Patente frühzeitig und gemeinschaftlich diskutiert und festgelegt werden. Im Zuge der digitalen Kommunikation ist es zudem zentral, verstärkt Low-Tech Möglichkeiten zu forcieren: Der digitale Gap ist nach wie vor immens und muss durch die Bereitstellung entsprechender Werkzeuge und Investitionen kompensiert werden. Auch der Aufbau entsprechender Kompetenzen sollte gefördert werden.

- **Zweitens** muss die Verbesserung von individuellen Netzwerkmöglichkeiten und die Schaffung von Sichtbarkeit im internationalen Kontext angegangen werden. Dies ist essentiell für die Vorbereitung institutioneller Kooperation.

### **Langfristigen Austausch und Vernetzung mit unterrepräsentierten Regionen stärken**

Erfolgreiche Kooperationen erwachsen meist aus langfristigen individuellen Netzwerken, die bereits während des Studiums oder der Promotionsphase aufgebaut wurden. Es ist daher zentral, studentischen Austausch mit unterrepräsentierten Regionen stärker zu forcieren und mehr Möglichkeiten zur nachhaltigen Pflege dieser Netzwerke zu schaffen. Als eine Maßnahme, um dieser Herausforderung zu begegnen, organisiert beispielsweise die American Political Science Association Workshops und Konferenzen für im arabischen Raum ansässige Forscher:innen – unabhängig von der Nationalität – und finanziert diese. Zudem wurden für die Teilnehmer:innen Fördermittel zur Verfügung gestellt, um selbst Konferenzen und Workshops zu organisieren.

### **Neue Formen der Messung von Erfolg forcieren**

Die Kriterien zur Bewertung des „scholarly impacts“ müssen neu diskutiert werden. Wissenschaftliche Publikationen in internationalen, hoch bewerteten Zeitschriften sind ausschlaggebend für Einstellungen, aber alternative Publikationsformen und Sichtbarkeitsmaßnahmen müssen stärker gewichtet werden. Wenn Wissenschaft an der Schnittstelle zur Entwicklungszusammenarbeit gedacht wird, bemisst sich der Erfolg von Forschungskooperationen insbesondere über die Sichtbarkeit und Wirksamkeit in der breiten Öffentlichkeit. Beispielsweise enthält die Datenbank „Dimensions“ auch Grundsatzpapiere, Online-Erwähnungen, Stipendien, Patente, Policy Briefs, Re-Posts und Follower in den sozialen Medien und andere Informationen, die das breite Spektrum wissenschaftlicher Aktivitäten auch außerhalb von internationalen peer-reviewed journals hervorheben. Zudem müssen im Zuge der sich an den Universitäten und Forschungsinstitutionen

etablierenden Open Science Strategien, aber auch darüber hinaus, alternative Formen des Engagements im Rahmen von Forschungskooperationen mitbedacht werden, wie zum Beispiel Outreach zu nicht-akademischen Akteuren, kreativere für die breite Öffentlichkeit gedachte Formen des Wissensaustauschs und -transfers oder transdisziplinäre Ansätze. Der Umgang mit der öffentlichen (Un-)Sichtbarkeit von Forscher:innen und Projektteilnehmer:innen angesichts von Einschränkungen in der Wissenschaftsfreiheit muss auf allen Ebenen – in der Förderung, in der Forschung und Politik – stärker diskutiert werden. Wenn wir die Wissenschaft als Vehikel zur Bewältigung globaler Herausforderungen betrachten, müssen alternative Wissensproduktions- und Sichtbarkeitsformen mehr anerkannt und in Prozesse, seien es Einstellungsverfahren oder Projektanträge, integriert werden.

## Visaverfahren verbessern

Viele Netzwerkmöglichkeiten und persönliche Begegnungen scheitern an den langen Verfahren bei der Visavergabe. Die Politik forciert einerseits Forschungskooperationen mit einkommensschwachen Ländern, gleichzeitig werden die notwendigen Verfahren für die Ermöglichung der Mobilitäten nicht angepasst. Wie die Verfahren verbessert werden können, muss von der Politik adressiert werden.

- **Drittens** – und sicherlich am komplexesten – ist die langfristig und kontextspezifisch angelegte Zusammenarbeit mit Partnern von hoher Relevanz. Dies setzt ein besseres Verständnis für die komplexen und heterogenen Machtverhältnisse innerhalb nationaler und lokaler Kontexte und ihrer Stellung im breiteren internationalen Kontext voraus, einschließlich Einschränkungen der akademischen Freiheit. Diese müssen von Universitäten und Forschungseinrichtungen, Förderern und Politik gemeinschaftlich angegangen und implementiert werden.

## Kooperationspartner jenseits der „Exzellenzentren“ einbinden

Wie hervorgehoben, besteht eine große Tendenz zur Zusammenarbeit mit universitären Partnern, die bereits internationale, bzw. westliche, Anerkennung genießen. Um jedoch das Ziel ernst zu nehmen, dass Forschungskooperationen globale Herausforderungen adressieren sollen, ist die Förderung von Partnerschaften auch mit Universitäten und Forschungseinrichtungen jenseits von Exzellenzentren zentral. Die Einbindung lokaler und/oder zivilgesellschaftlicher

Initiativen ist eine wichtige Voraussetzung, um Forschungskooperationen realistisch zu strukturieren und möglichst hohe Wirkkraft zu entfalten. Damit soll auch sichergestellt werden, dass Forschungskooperationen und Drittmittel nicht zu einer ausschließlichen Förderung sozioökonomischer Eliten werden. Die Förderlinie Ta'ziz des DAAD macht beispielsweise die Einbindung lokaler zivilgesellschaftlicher Initiativen zur Voraussetzung. Was als Initiative gilt, muss jedoch weit gefasst werden, da nicht in allen Ländern zivilgesellschaftliche Organisationen formal registriert sind. Die Zusammenarbeit mit Hochschuleinrichtungen jenseits von Exzellenzzentren und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen kostet Zeit und Energie und wirkt auf den ersten Blick tendenziell nicht sehr prestigeträchtig. Eine Einbindung solcher Akteure im Sinne einer Überwindung globaler Asymmetrien muss daher entsprechend ausgestattet werden.

## **Vielsprachigkeit fördern**

Insbesondere Vielsprachigkeit muss in allen Bereichen, in der Veranstaltungsorganisation, in Publikationen und in der Verwaltung finanziell und mit personellen Kapazitäten unterstützt werden. Vielsprachigkeit muss bei Kooperationen und den Strukturen, in denen sie agieren, strategisch viel stärker mitgedacht werden. Das ist zeitaufwendig und kostenintensiv, aber kann die Sichtbarkeit von Kooperationen um ein Vielfaches erhöhen.

## **Regionalexpertise sowie Geistes- und Sozialwissenschaften stärken und einbinden**

Erfolgreiche Kooperationen setzen ein sehr gutes Bewusstsein für die komplexen und heterogenen Machtverhältnisse in nationalen und lokalen Kontexten und ihre Stellung im breiteren internationalen Kontext voraus. Hier ist insbesondere die Einbindung von Regionalexpertisen in Forschungskooperationen unabhängig der disziplinären oder thematischen Ausrichtung zentral. Regionalexpert:innen können bereits vorab die Projektteilnehmenden über strukturell gewachsene Unterschiede und Gemeinsamkeiten bei den Projektpartnern und wie diese sich auf die Prozesse des Projekts auswirken können, sensibilisieren; beispielsweise dafür, unter welchen Bedingungen die Projektteilnehmer:innen an den Universitäten und Forschungseinrichtungen arbeiten, welche Rolle funktionale und symbolische Hierarchien dort spielen, wie repräsentative und informelle Treffen abgehalten werden, wie Forschungseinrichtungen in den jeweiligen Kontexten wahrgenommen werden etc. Zudem können sie Einschätzungen bereitstellen oder generieren, welche Themen politisch heikel sein können, welche Partner und Gruppen wie sozial-politisch



angebunden sind. Dies sind wichtige Voraussetzungen, um die Projektkommunikation gut und konstruktiv zu gestalten. Die Einbindung solcher Expertise sollte durch die gezielte Bereitstellung entsprechender Budgetlinien gefördert werden.

## Einschränkungen von Wissenschaftsfreiheit adressieren

Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit und Risiken bei der Forschung in krisenhaften Kontexten müssen auf individueller, institutioneller und politischer Ebene adressiert werden: **1.** Auf individueller Ebene müssen Forscher:innen systematisch und kontextbezogen vorbereitet werden, wie sie sich physisch und digital schützen können, wenn sie in eine Bedrohungslage kommen oder eine solche beobachten. Schulungen und Trainings von erfahrenen Regionalexpert:innen sowie die Einbindung der Forschenden in langfristige Netzwerke sind hier mögliche Maßnahmen. **2.** Auf Ebene der Universität ist der Umgang mit autoritären und repressiven Kontexten wissenschaftspolitisch eine große Herausforderung. Erste einzelne Orientierungsrahmen, wie Kooperationen in Kontexten eingeschränkter Wissenschaftsfreiheit durchgeführt werden können, wurden in den letzten Jahren vorgelegt (DAAD KIWI 2020; FU Berlin 2020; HRK 2020; TU Berlin 2019; TRUST 2018). Dennoch fehlt eine breite, kontinuierliche und inklusive Auseinandersetzung an wissenschaftlichen Einrichtungen unter Einbezug von Forschenden, Hochschulmanagement und anderen Stakeholdern, um diese Orientierungsrahmen für die jeweilige wissenschaftliche Institution zu adaptieren und in geeignete Verfahren und Praktiken zu übersetzen.<sup>14</sup> **3.** Auch auf politischer Ebene muss der Umgang mit Forschung in krisenhaften und repressiven Kontexten adressiert werden. Wichtige Fragen für die Politik könnten sein: Wie können Botschaften oder andere deutsche Institutionen vor Ort Angebote zum Austausch über die Sicherheitslage ermöglichen oder erweitern? Zwar gibt es in der Regel für deutsche Staatsangehörige im Ausland die Möglichkeit, sich in entsprechende Mailinglisten einzutragen, in denen Informationen zur aktuellen Sicherheitslage vom Auswärtigen Amt (AA) zirkuliert werden. Es muss jedoch anerkannt werden, dass der Aufbau von Regionalexpertise und Forschung in krisenhaften Kontexten auch dann stattfindet und stattfinden muss, wenn das AA Reisebeschränkungen aufgrund der Sicherheitssituation ausspricht. Wenn weiterhin Regionalexpertise aufgebaut werden soll, dann muss diese

---

**14** An der Berlin University Alliance wird 2023-26 das Projekt „Facing Challenges of Internationalization Together: A Network for Diplomatic Resilience at the Berlin University Alliance“ durchgeführt, das u. a. den Austausch zwischen Wissenschaftler\*innen, Management und Verwaltung zum Umgang der Universitäten mit autoritären Kontexten fördert. Es wird als Pionierprojekt von der Volkswagen Stiftung gefördert: <http://portal.volkswagenstiftung.de/search/projectDetails.do?ref=9C437> (1.3.2023)

auch besser abgesichert werden und nicht nur in der persönlichen Verantwortung der Forscher:in liegen. Weitere wichtige Themen müssten sein: An welche Institution kann man sich wenden, ggf. auch anonym, wenn Einschränkungen und Drohungen bei der Forschung beobachtet werden? Müssen Mechanismen zur Gefahrenprävention und -mitigation innerhalb eines Projektes erarbeitet werden? Neben der systematischen Erfassung von Gefährdungssituationen: Welche Möglichkeiten sollte eine solche Institution haben, um auf Gefährdungen zu reagieren, unabhängig davon, ob es sich um nationale oder internationale Forschende handelt? Wie muss die rechtliche Situation dahingehend angepasst werden, dass alle Projektteilnehmenden unabhängig von der Vertragssituation geschützt werden? Wie kann man sicherstellen, dass auch lokale Mitarbeiter:innen bei einer Gefährdungslage geschützt werden?

Globale Herausforderungen wie der Klimawandel oder die Pandemie zeigen, dass internationale Forschungszusammenarbeit wichtiger ist denn je. Gleichzeitig geben aufkommende nationalistische und populistische Tendenzen in vielen Regionen Anlass zu Sorge, dass Internationalisierung auch im Wissenschaftsbereich stark an Bedeutung verlieren könnte. Die Fortführung und Verbesserung der gleichberechtigten Forschungskooperation ist daher ein zentraler Schritt, um einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken, und (Handlungs-)Wissen für die globalen Herausforderungen unserer Zeit zu generieren.

## Literatur

Amin, Galal (2006): *The Illusion of Progress in the Arab World. A Critique of Western Misconstructions*, Kairo.

Auswärtiges Amt (2019): *Eine vertiefte Partnerschaft mit Afrika. Fortschreibung und Weiterentwicklung der afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung Berlin*, Auswärtiges Amt. Verfügbar unter [https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/blogs/Palm\\_Reinhard/afrikapolitische-leitlinien-breg-27-03-2019.pdf](https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/blogs/Palm_Reinhard/afrikapolitische-leitlinien-breg-27-03-2019.pdf) (29.03.2023).

Ballestrin, Luciana (2020): ‘The global south as a political project’, in: *E-International Relations*. Verfügbar unter <https://www.e-ir.info/2020/07/03/the-global-south-as-a-political-project/> (07.10.2022).

BMBF (2016): *Internationalisierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung. Strategie der Bundesregierung*, Bundesministerium für Bildung und Forschung. Verfügbar unter [https://www.bmbf.de/SharedDocs/Publikationen/de/bmbf/2/31254\\_Internationalisierungsstrategie.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.bmbf.de/SharedDocs/Publikationen/de/bmbf/2/31254_Internationalisierungsstrategie.pdf?__blob=publicationFile&v=3) (05.10.2022).

——— (2018): *Afrika-Strategie des BMBF. Perspektiven schaffen! Neue Impulse für die Kooperation mit afrikanischen Partnern in Bildung, Wissenschaft und Forschung*, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn. Verfügbar unter [https://www.bmbf.de/SharedDocs/Publikationen/de/bmbf/2/30928\\_Afrika\\_Strategie\\_des\\_BMBF.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=7](https://www.bmbf.de/SharedDocs/Publikationen/de/bmbf/2/30928_Afrika_Strategie_des_BMBF.pdf?__blob=publicationFile&v=7) (23.03.2023).

BMZ (2017): *Africa and Europe – A New Partnership for Development, Peace and a Better Future. Cornerstones of a Marshall Plan with Africa*, Bundesministerium für Bildung und Zusammenarbeit, Berlin. Verfügbar unter <https://europa.eu/capacity4dev/file/109036/download?token=kd6eylvv> (29.03.2023).

Comaroff, Jean und John L. Comaroff (2012): ‘Theory from the south. Or, how Euro-America is evolving toward Africa’, in: *Anthropological Forum* 22/2, pp. 113–31.

DAAD KIWi (2020): *Keine roten Linien. Wissenschaftskooperationen unter komplexen Rahmenbedingungen, KIWi Kompass*, Bonn, Deutscher Akademischer Austauschdienst, Kompetenzzentrum Internationale Wissenschaftskooperationen. Verfügbar unter: [https://static.daad.de/media/daad\\_de/pdfs\\_nicht\\_barrierefrei/infos-services-fuer-hochschulen/kompetenzzentrum/dokumente/daad\\_kiwi\\_kompass\\_keinerotenlinien\\_2020.pdf](https://static.daad.de/media/daad_de/pdfs_nicht_barrierefrei/infos-services-fuer-hochschulen/kompetenzzentrum/dokumente/daad_kiwi_kompass_keinerotenlinien_2020.pdf) (05.10.2022).

Demeter, Márton (2020): *Academic Knowledge Production and the Global South. Questioning Inequality and Under-Representation*, Cham.

Eckl, Julian und Ralph Weber (2007): ‘North – South? Pitfalls of dividing the world by words’, in: *Third World Quarterly* 28/1, pp. 3–23.

- Elyachar, Julia (2005): *Markets of Dispossession. NGOs, Economic Development, and the State in Cairo*, Durham.
- FU Berlin (2020): *Internationalisierung und Wissenschaftsfreiheit. Allgemeine Grundsätze für die internationale Zusammenarbeit. Strategiepapier der Hochschulleitung*, Freie Universität Berlin. Verfügbar unter: [https://www.fu-berlin.de/international/profile/university-culture-and-global-commitment/Strategiepapier-FU\\_Internationalisierung-und-Wissenschaftsfreiheit.pdf](https://www.fu-berlin.de/international/profile/university-culture-and-global-commitment/Strategiepapier-FU_Internationalisierung-und-Wissenschaftsfreiheit.pdf) (05.10.2022).
- Gupta, Asha (2005): 'International trends in private higher education and the Indian scenario', *University of California, Research & Occasional Paper Series: Center for Studies in Higher Education* 11/05, Berkeley.
- HRK (2020): *Leitfragen zur Hochschulkooperation mit der Volksrepublik China*, Beschlüsse der Hochschulrektorenkonferenz. Verfügbar unter: [https://www.hrk.de/fileadmin/redaktion/hrk/02-Dokumente/02-01-Beschluesse/HRK\\_Beschluss\\_Leitfragen\\_zur\\_Hochschulkooperation\\_mit\\_der\\_VR\\_China\\_9.9.2020.pdf](https://www.hrk.de/fileadmin/redaktion/hrk/02-Dokumente/02-01-Beschluesse/HRK_Beschluss_Leitfragen_zur_Hochschulkooperation_mit_der_VR_China_9.9.2020.pdf) (05.10.2022).
- Lentz, Carola und Andrea Noll (2020): ‚Wissenschaftskooperationen mit dem globalen Süden. Herausforderungen, Potentiale und Zukunftsvisionen; ein wissenschaftspolitischer Denkanstoß aus der Akademie‘, in: *Denkanstöße aus der Akademie, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften* 3/ März/2020. Verfügbar unter [https://www.bbaw.de/files-bbaw/user\\_upload/publikationen/denkanstoesse-3.pdf](https://www.bbaw.de/files-bbaw/user_upload/publikationen/denkanstoesse-3.pdf) (05.10.2022).
- Mignolo, Walter D. (2011): 'The global south and world dis/order', in: *Journal of Anthropological Research* 67/2, pp. 165–88.
- Mitchell, Timothy (2002): *Rule of Experts. Egypt, Techno-Politics, Modernity*, Berkeley.
- Ross-Hellauer, Tony, Angela Fessl und Thomas Klebel (2020): 'Open science – who is left behind?', in: *Impact of Social Sciences* (blog). Verfügbar unter <https://blogs.lse.ac.uk/impactofsocialsciences/2020/10/23/open-science-who-is-left-behind/> (23.10.2020).
- Serwadda, David et al. (2018): 'Open data sharing and the global south. Who benefits?', in: *Science* 359/6376, pp. 642–43.
- Skupien, Stefan und Nicolas Rüffin (2020): 'The geography of research funding. Semantics and beyond', in: *Journal of Studies in International Education* 24/1, pp. 24–38.
- Solarz, Marcin Wojciech (2012): '“Third world”: The 60th anniversary of a concept that changed history', in: *Third World Quarterly* 33/9, pp. 1561–73.
- Stone, Diane (2020): *Making Global Policy*, Cambridge.

- Tomlinson, B. R. (2003): 'What was the third world?', in: *Journal of Contemporary History* 38/2, pp. 307–21.
- TRUST (2018): *Global Code of Conduct for Research in Resource-Poor Settings*, Guideline. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.48508/GCC/2018.05> (05.10.2022).
- TU Berlin (2019): *Strategiepapier Globale Verantwortung der TU Berlin*, Berlin. Verfügbar unter: [https://www.static.tu.berlin/fileadmin/www/10000000/Internationales/Dokumente/Strategie\\_GlobaleVerantwortung\\_gesamt\\_DT.pdf](https://www.static.tu.berlin/fileadmin/www/10000000/Internationales/Dokumente/Strategie_GlobaleVerantwortung_gesamt_DT.pdf) (05.10.2022).
- UNESCO Regional Bureau for Education in the Arab States (2018): *UNESCO Study Report on Financing Higher Education in Arab States*, Libanon. Verfügbar unter: <https://en.unesco.org/sites/default/files/financing.pdf> (05.10.2022).
- Universität Bonn (2020): *Strategische Partnerschaften und regionale Schwerpunkte in der internationalen Zusammenarbeit*, Strategiepapier. Nicht mehr online verfügbar.
- Weipert-Fenner, Irene (2020): *The Autocratic Parliament. Power and Legitimacy in Egypt, 1866-2011*, New York.
- Wessel, Sarah (2022): *Revolution, Representation, and Authoritarianism. Beyond Arab Exceptionalism in Egypt*, New York, London.
- Zoellick, Robert (2010): *The End of the Third World? Modernizing Multilateralism for a Multipolar World*, Rede am Woodrow Wilson Center for International Scholars, Washington, DC, 14. April 2010, World Bank, Washington D.C. Verfügbar unter: <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/29639> (05.10.2022).

## Zur Autorin

Dr. **Sarah Wessel** ist Associate Fellow bei CARPO und Referentin am Berlin Center for Global Engagement der Berlin University Alliance. Sie ist Politikwissenschaftlerin und Ethnologin. Ihre Forschungsschwerpunkte und -interessen umfassen politische und kulturelle Transformationen, Global Governance, Wissensproduktion und Repräsentationstheorien mit besonderem Fokus auf den arabischen Raum.

Kontakt: [wessel@carpo-bonn.org](mailto:wessel@carpo-bonn.org)

## Zu CARPO

CARPO ist ein in Deutschland ansässiger Thinktank mit Schwerpunkt auf dem Orient, dessen Arbeit an der Schnittstelle von Forschung, Beratung und Austausch ansetzt. Ausgehend von unseren Grundprinzipien Partnerschaft, Inklusivität und Nachhaltigkeit sind wir der Überzeugung, dass der beste Weg zu einer Zukunft in Wohlstand und Frieden für die Region über die Einbindung des kreativen und vielfältigen Potenzials aller relevanten Stakeholder führt. Zu diesem Zweck etabliert CARPO dauerhafte Kanäle für vertrauensvollen Dialog und interaktiven Wissenstransfer.

Website: <https://carpo-bonn.org>

Facebook / Twitter: @CARPObonn

© 2023, CARPO – Center for Applied Research in Partnership with the Orient  
All rights reserved.

ISSN 2364-0634

CARPO – Center for Applied Research in Partnership with the Orient  
Kaiser-Friedrich-Str. 13  
53113 Bonn  
Germany  
Email: [info@carpo-bonn.org](mailto:info@carpo-bonn.org)  
[www.carpo-bonn.org](http://www.carpo-bonn.org)

